

# Deep and Comprehensive Free Weapons Trade Area

[Zeit.de](#): „Die Ukraine will in den kommenden Jahren rund 2,2 Milliarden Euro mehr für ihre Armee ausgeben. Das kündigte Staatschef Poroschenko zum Jahrestag der Unabhängigkeit an.“

Woher kommt das Geld dafür? [Handelsblatt](#): „Polen will der Ukraine bei der Annäherung an den Westen unter die Arme greifen. Warschau wird das Krisenland bei Reformen und der Modernisierung des Militärs unterstützen. Auch Waffenverkäufe sind möglich. (...) Während des Treffens mit Poroschenko unterzeichnete Komorowski das Gesetz zur Ratifizierung des [Assoziierungsvertrags zwischen der Ukraine und der EU](#).“

Was steht in diesem Vertrag? „Die Bundesregierung verwies darauf, dass die Ukraine bereits 1994 als erster Staat der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) der „Partnerschaft für den Frieden“ beigetreten sei. Die „Charta über eine besondere Partnerschaft“ („Charter on a Distinctive Partnership“) sei die Grundlage für die Arbeit der NATO-Ukraine-Kommission, unter deren Dach „eine weit verzweigte Struktur von Gremien, Mechanismen und Programmen“ geschaffen worden sei. Grundlage für die bilaterale militärische Zusammenarbeit mit der Ukraine sei eine [Vereinbarung zur Zusammenarbeit](#) im militärischen Bereich zwischen der Bundeswehr und den ukrainischen Streitkräften vom 16. August 1993.“

Was ist die „[Partnerschaft für den Frieden](#)? „... eine 1994 ins Leben gerufene Verbindung zur militärischen Zusammenarbeit zwischen der NATO und 22 europäischen sowie asiatischen Staaten, die keine NATO-Mitglieder sind.“

Was ist die „[Charter on a Distinctive Partnership](#)“ (für das deutsche Wikipedia irrelevant)? „Building an Enhanced NATO-Ukraine Relationship“.

Aha. Wie soll man das also bewerten?

[Wikipedia](#): „Das Verhalten der Europäischen Union wurde international von Politikern kritisiert. Das Freihandelsabkommen der EU ([DCFTA](#)) [Deep and Comprehensive Free Trade Area] schlieÙe intensive wirtschaftliche Beziehungen der Ukraine zu ihren bedeutendsten Wirtschaftspartnern in der von Russland geführten Zollunion weitgehend aus. Damit habe man der Ukraine nur ein ‚Entweder-oder‘ angeboten, also die Ukraine nicht als Brücke zwischen der EU und Russland verstanden. Auf diese Weise habe man die derzeitige politische Krise in der Ukraine mitverursacht.“